

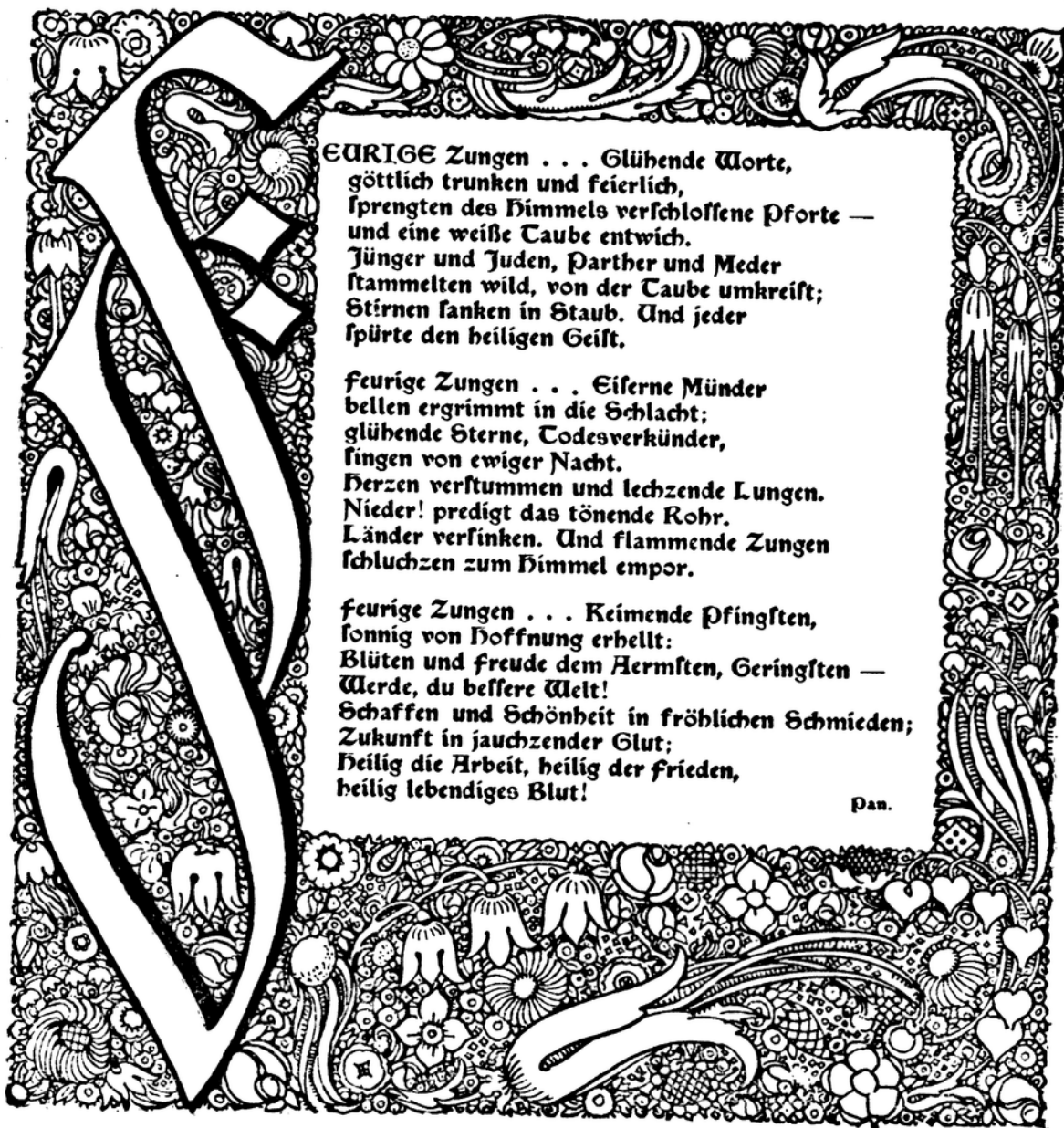
Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin N57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Cäthow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Abends
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164



FEURIGE Zungen . . . Glühende Worte,
göttlich trunken und feierlich,
sprengten des Himmels verschlossene Pforte —
und eine weiße Taube entwich.
Jünger und Juden, Parther und Meder
stammelten wild, von der Taube umkreist;
Stirnen sanken in Staub. Und jeder
spürte den heiligen Geist.

feurige Zungen . . . Eiserne Mäuler
bellten ergrimmt in die Schlacht;
glühende Sterne, Codesverkünder,
singen von ewiger Nacht.
Herzen verstummen und lechzende Lungen.
Nieder! predigt das tönende Rohr.
Länder versinken. Und flammende Zungen
schluchzen zum Himmel empor.

feurige Zungen . . . Keimende Pfingsten,
sonnig von Hoffnung erhellt:
Blüten und Freude dem Aermsten, Geringsten —
Werde, du bessere Welt!
Schaffen und Schönheit in fröhlichen Schmieden;
Zukunft in jauchzender Glut;
Heilig die Arbeit, heilig der Frieden,
heilig lebendiges Blut!

Dan.

Pfingsten, das Fest der Freude.

Wenn die Birke grünt und ihr zergrünes Laub, ihre silberglänzenden Äste als einen Größ des dewischen Waldes in die grauen Strahlen der Städte, in die schmucklosen Stuben des Volkes schickt, dann wissen wir, daß das freundlichere Zeit des Jahres gekommen ist: Pfingsten, das sonnenhelle, blühende Pfingsten, dessen lichter Charakter sich in keinem anderen Baume anschaulicher symbolisieren könnte. Alle übrigen Laub- und Nadelhölzer unserer Zone erscheinen mehr oder weniger düster und verschlossen, und in den alten Kloben und anderen anheimlichen Zaubersput, die eben im Dämmer und Dunkel des Waldes am besten gedeihen. Wo aber die Birke steht, ist es hell: sie bietet gefährlichen Geistern kein schützendes Quartier und regt die Phantasie nicht zur Bildung von Spukgestalten an; von ihr strahlt Licht aus, Wärme und Heiterkeit: sie ist der Baum des höchsten hellen Frühlings und der sonnigen Freude, die nur in der Klarheit gedacht, ist der Gruß einer leichten Hoffnung an die von dunklen Mächten niedergedrückte und immer wieder sich aufräufende Menschheit.

Und so wird denn auch das vierte Kriegspingsten von heiteren Birkenstrahlen erhellt werden als ein Zeichen, daß wir trotz aller Leibes- und Seelennot nicht auf die Freude verzichten wollen, die so nötig ist wie das liebe Brot, und für alle menschlichen Angelegenheiten viel, viel wichtiger, als man gemeinhin annimmt.

Die vielgerühmte Zivilisation, die Entwicklung der Menschheit aus dem Natur zum Kulturzustande, hat gewiß höchst schätzenswerte Ergebnisse gehabt, die wir nicht mühen mochten. Aber sie hat uns auf der andern Seite eine Menge harter Pflichten auferlegt, hat uns die naive, sorglose Daseinslust der Naturmenschen genommen und den größten Teil des Volkes in ein Joch gespannt, aus dem es für die ganze Lebenszeit kein Entkommen gibt. Sie hat den Broterwerb in die Hände aller Daseinsbewegungen gestellt und ihn zu einer Notwendigkeit, die alles andere beherrscht, gemacht. Jeder neue Morgen, ob hell oder trübe, steht uns mit der drohenden Forderung gegenüber: Schaffe, auf daß du lebst! Hunderttausende, Millionen können kaum ein anderes Gebot als dieses, und Tag reiht sich an Tag wie die Glieder einer schweren, schweren Kette, die sie von der Wiege bis zur Bahre an die zugleich lehrenzählende und lebenverzehrende Pflicht fesselt.

Und noch ein anderes hat sich in den letzten Jahren groß und gebieterisch vor den Völkern emporgereckt und seine schwere Hand auf ihre Schultern gelegt: das ist der Staat. In gewöhnlichen Zeiten hat man ihn wohl mehr oder weniger bereitwillig seinen Tribut in Gestalt von Steuern gezahlt, aber im abstrakten seine Existenz in der Regel nicht sonderlich lieblich gespürt. Man wachte, er war da, ja. Und man hat bei Wohlsein und anderen Gelegenheiten wohl auch versucht, ihn zu beeinträchtigen. Im allgemeinen jedoch haben er den allmächtigen Interessen ziemlich ferngehalten, und nur eine Widerheit behielt ihn dauernd im Auge. Aber dann kam der Krieg, und die Staatsgewalt racht an alle Türen und forderte fast jeden Mann. Und von den Dahingegangenen forderte sie ein hohes Maß von Geduld und die Bereitwilligkeit, Leid, Trauer und Entbehrung als eine unabwendbare Notwendigkeit hinzunehmen. Sie griff mit unerbittlicher Faust in unter aller Dasein und prägte in jedes Hirn das Bewußtsein von der Wichtigkeit und Nebenständigkeit des einzelnen, wo es sich um das Wohl und Wehe der Gesamtheit handelt.

Und so sieht der Mensch von heute, und namentlich der arbeitende Mensch, unter dem besonders harten Druck von Pflichten und Entbehrungen, die sein ganzes Denken und Fühlen in Anspruch nehmen und ihn des freien Atmens berauben. Die ganze Kulturmenslichkeit leuchtet wie unter einer gewaltigen Last. Die Blicke aller haben eine Zwangsrichtung bekommen, schauen nach den kämpfenden Fronten oder nach den spärlichen Mitteln zum Leben aus, und die Frage darf aufgeworfen werden: Sehen wir die Herrlichkeit des Frühlings noch, sehen wir sie noch mit den Augen der Frühlingszeit? Er ist wieder da, so hell und heiter wie immer, ist da mit all der Wunderpracht seiner Blüten, mit der frohlichen Verheißung seiner Acker und Gärten, aber wo ist in uns jene starke Freude an den schimmernden Gaben der Natur, ohne die ein Pfingsten doch kein richtiges Pfingsten ist? Kann er uns das drückende Gewicht der Pflichten und qualenden Ereignisse von den Schultern und Seelen nehmen und uns die Vorbereitung jeder echten Freude schaffen: die innere Beireinigung?

Niemand, der mit offenen Augen seine eigene und die Wesens-

wandlung seiner Mitmenschen erlebt, wird diese Frage bejahen, wenigstens die Wirkungen der Zeit bei den einzelnen sich natürlich in verschiedenem Grade äußern. Aber was schon im Frieden unter dem Druck der allseitigen Räte nur schwer gedeihen wollte, ist unter den Einflüssen des Krieges erst recht zu einem kümmerlichen Pflänzchen geworden, dem es zu gedeihlichem Wachstum an Raum, Luft und Sonne fehlt.

Und doch, wir sagten es schon, ist uns die Freude so nötig wie das Brot; sie ist, wie der Bischof Keppler sagt, „ein Lebensfaktor und ein Lebensbedürfnis, eine Lebenskraft und ein Lebenswert“. Und der Wille zu ihr, das Verlangen nach ihr ist ja unbeelegbar im Menschen lebendig. Wie der Körper instinktmäßig nach Nahrungsmitteln jagt, die zu seinem Aufbau und seiner Erhaltung notwendig sind, so strebt auch die Psyche des Menschen nach erhellenden, erhebenden Stunden. Freude ist Kraft. An allem, was Großes und Schönes auf der Erde geschaffen wurde, hat die Freude mitgearbeitet. Ein frohliches Lachen kann fruchtbarer sein als das tiefste Grübeln, und eine Menschheit, die es ganz verlernt hätte, wäre reif zum Begraben.

Man hat aus den Schützengräben geschrieben, es sei dort dieinisch eine Vorliebe für humoristische oder doch heitere Lektüre zu konstatieren. Der Mann, der morgen zum Sturm antreten muß und der drohenden Hauch des Todes aus unmittelbarer Nähe spürt, erbaunt sich heute noch mit Vergnügen an den Wort- und zeichnerischen Kapriolen eines Wilhelm Busch und anderer Humoristen.

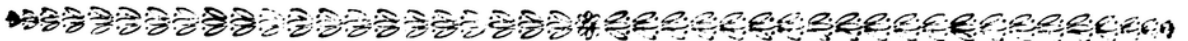
Es ist die Flucht aus der Wirklichkeit in das Gebiet der Phantasie, die wir auch in den Städten beobachten können. Dort sind nicht nur die Darbietungen erster, guter Bühnen zahlreicher als im Frieden besucht, sondern man stürmt besonders auch die Poffentheater und drängt sich in lebensgefährlicher Enge zum Kino.

Das Streben nach seelischer Entlastung, bewußt oder unbewußt, ist die Hauptursache dieser Erscheinung, die erfreulicher wäre, wenn sie immer die richtigen Wege ginge. Neben der großen Trösterin Natur ist es zu allen Zeiten die Kunst, die den Menschen stark, erquickend und erheitert. Aber der wohlthätige Genuß literarischer Vorstellungen und altherbrannter Film Dramen bietet allenfalls einen Freudeertrag, aber nicht die Freude, die den Sinn ins Höhere führt, ihn von neuem kräftigt und belebt. Besonders der Augen, die urteilslos nach jedem Vergnügen greift, tut es not, den Unterschied kennenzulernen, der zwischen leerer Unterhaltung und wahrer Freude liegt. Diese flieht nicht aus blindem Genuß, sondern aus dem bewußten, erkennenden Genuß des Guten und Schönen.

Die Arbeiterkämpfe hat sich um Hilfe ihrer Gewerkschaften schon eine gewisse Ruhe erobert und wird auch in Zukunft in ihrem Fortstreben, freie Zeit für den einzelnen zu gewinnen, nicht nachlassen. Wie die Arbeit der Organisationen stets darauf gerichtet war, das Schwere Gewicht der Pflichten und Sorgen zu erleichtern, um der Daseinsfreude auch im Leben des Proletariats mehr Raum und Luft zu schaffen, so können sie auch nicht darauf verzichten, die besten Wege zur Freude zu weisen. Denn die Ruhe ist erst dann wirklich gewonnen, wenn sie gut ausgefüllt ist und mittelbar oder unmittelbar wieder den Zielen dient, die unserm Dasein den Inhalt geben. Darum haben wir auch allen Grund, jene Arbeitervereinigungen zu unterstützen, die den Natur- oder wirklichen Kunstgenuss fördern, damit auch das Gemüt gesund und froh und willenskräftig erhalten werde.

„Ein Leben ohne Freude ist eine weite Reise ohne Gasthaus,“ sagt ein Denker. Und heute mag es uns wohl zuweilen vorkommen, als seien wir auf so einer endlosen Reise begriffen, die uns kein Anknüpfen zu sorglosen Ausruhen bietet. Die Feste des Jahres, das sind ja gewissermaßen solche „Gasthäuser“, an denen wir ausatmend zurück- und rübermarschieren, und das Pfingstfest war, wenn wir schon im Kilde bleiben wollen, das schönste und heiterste von allen, besten-umkränzt, sonnenvergoldet und von Vogelgezwirne erfüllt.

Nun wir wieder dort halten, klingen alle Lust nur sehr gedämpft in uns, und der schwelende Blütenregen der Natur weckt das Gimmern an die Blüte der Menschheit, die auf den Schlachtfeldern dahinsinkt, zerstreut vor ihrer Reue. Das wagt uns zu erster Nachdenklichkeit. Und nur eine leise Hoffnung strahlt aus dem Augengrün der Pfingstbirke: daß auch die Freude ewig ist und immer von neuem emporspricht, wo sie auch begraben werde. Denn unverwundlich wie die Natur ist das Menschengeisteslicht — und unverwundlich unsere Zuversicht, daß keine Freude am Schaffen auch die Kraft zur Höherentwicklung birgt.



Was der Magistrat in Halberstadt klarstellt.

Wenig ist einem Jahre warden die städtischen Arbeiter in Halberstadt auf die Neuregulierung ihrer recht verbesserungbedürftigen Löhne. Zugunsten des Höders "Kämme" hat man die Löhne niedrig gehalten und man hatte die Arbeiter dabei immer an der Stuppe. Wer nicht artig war, mußte wandern und bekam die Kränze nicht. Der Magistrat glaubte anfangs, die Forderungen der Arbeiter vollständig zu können. Es war doch so etwas Ungehörtes, daß auch die städtischen Arbeiter in Halberstadt es wagten, Lohnforderungen zu stellen.

Nun ist es selbstverständlich, daß eine Arbeit nicht recht fertig werden will, wenn man mit einem Widerwillen daran geht. Mit einer einmaligen Teuerungszulage glaubte man daher die ganze Bewegung erledigt zu haben. Erst auf Veranlassung des Schlichtungsausschusses teilte der Magistrat dem Gaukler und den Arbeiterausschüssen mit, daß wegen Mangels an geeigneten Arbeitskräften die Sache nicht so schnell zu erledigen ist. Eine Umfrage an andere Stadverwaltungen hat die Arbeit noch mehr verzögert. Es würde aber weiter an der Sache gearbeitet. Die Betriebsleiter beriefen Arbeiterausschüßigungen ein und stellten dort den Antrag, die Lohnforderungen zurück zu ziehen! Damit hatten die Herren allerdings kein Glück. Selbstverständlich verurteilte dieses Vorgehen unter den Arbeitern eine außerordentliche Erregung. In einer hart beendeten Versammlung wurde dem Magistrat die Antwort darauf gegeben. Hier wurde ausgesprochen, daß die Arbeiterausschüßmitglieder kein Recht haben, Forderungen, die von den Arbeitern gestellt sind, zurück zu ziehen. Die Arbeiterausschüsse haben, wie es der vorgeschriebene Weg ist, die Forderungen der Arbeiter beim Magistrat einzubringen und dort weiter zu verfolgen. Darauf hat der Magistrat den Arbeiterausschüssen ein Schreiben zugesandt, das geradezu grotesk anmutet. Der Magistrat betont Anfangs seines Schreibens, einige Unrichtigkeiten hinsichtlich zu wollen.

Es heißt da: Forderungen der Arbeiter gibt es überhaupt nicht! Die wanderbare Klarstellung muß unter den Arbeitern allerdings die größte Heiterkeit auslösen. Wenn der Magistrat geschrieben hätte, wir nehmen von den Arbeitern keinerlei Anträge auf Lohnforderungen an, dann war das klar und deutlich. Der Weisheit Lohnforderungen zu stellen, wurde einstimmig von den Arbeitern gelehrt und dabei haben die Arbeiterausschüsse mitgewirkt. Nur die Arbeiter kommen eben nur die von ihnen selbst gewählten Vertreter in Betracht, nur die sind ihre Vertrauensmänner und haben die Befehle der Arbeiter den zuständigen Stellen zu übermitteln. Die in die Ausschüsse vom Magistrat benannten Betriebsleiter sind nicht Vertreter der Arbeiter, sondern Vertreter des Arbeitgebers. Einer Zustimmung dieser Herren zu diesen Anträgen bedarf es daher nicht. Daß die Arbeiter auch behandelt haben, beweist auch das Schreiben des Magistrats selbst. Es heißt dort: Durch die Arbeitsordnung und die Bestimmungen über Arbeiterausschüsse ist festgelegt, daß die Vertreter von Anträgen, Weisungen von der städtischen Arbeiter durch die Arbeiterausschüsse erfolgt. Diese Bestimmungen sagt also klar und deutlich, die Arbeiterausschüsse haben die Anträge der städtischen Arbeiter zu vertreten. Die Arbeiter handeln also ganz nach Vorsicht. Ja, wo in aller Welt gibt es denn da "Unrichtigkeiten" herzustellen? Wie kann man nur zu der letzten Auffassung kommen, wie es in dem Schreiben weiter heißt: "Es sind also Befehle nicht von den Arbeitern, sondern von den Arbeiterausschüssen zu fassen." Die Bestimmungen sagen deutlich genug das Gegenteil von dem, was der Magistrat da heraus zu dupert. Kein es nicht schon bei dem, die Arbeiter stellen die Anträge und die Arbeiterausschüsse haben diese Anträge zu vertreten. Das ist ja auch der eigentliche Grund und Zweck, warum Arbeiterausschüsse ein drittes werden. Wer auch das ist richtig, wenn unter der Umdeutung die Arbeiterausschüsse vorzugehen stehen. Die von den Arbeitern gemäß den Bestimmungen oder haben diese Befehle unterzeichnet. Der Arbeiter hat das Recht, wie jeder andere Arbeitgeber, Arbeiterausschüßigungen einzuberufen. Dadurch wird er aber doch noch kein Mitglied des Arbeiterausschusses. Er wollen hier noch einmal klar ausgesprochen, die Arbeiter haben das Recht, Anträge zu stellen, wenn sie wollen und soweit sie wollen. Dazu ist das keine Zustimmung der vom Magistrat bestellten Vertreter. Die Arbeiter sind selbständig und wissen, was sie wollen.

Am liebsten ist nun die eine Frage zu entscheiden und zu prüfen: Sind die Löhne der städtischen Arbeiter in Halberstadt im Vergleich mit den Verhältnissen in anderen Städten? Das muß allerdings beantwortet werden. Daraus ergibt sich aber alles an sich. Die Arbeiter leiden unter den ungenügenden Löhnen weiter.

Die Entscheidung der Lohnfrage wird daher mit jedem Tage dringender. Eigentlich verdient nach der Zeit im Schreiben, daß diese Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen und dem Gewerkschaftsverband nicht verhandelt kann, da ihm vorher die umfangreiche Stellungnahme des Magistrats unbekannt ist. Damit hat der Verhandlungsleiter ausgesprochen, daß, nachdem die Lohnfrage bereits ein halbes Jahr schwebt, sich der Magistrat überhaupt noch nicht damit beschäftigt hat. Wir wollen nur noch klarstellen, daß eine Verzögerung der Lohnfrage nicht mehr gut möglich ist. Die Geduld der Arbeiter ist zu Ende. Entschuldigungs- und Klärungsschreiben sind genug geschickt. Die Arbeiter wollen endlich Tatsachen sehen.

Jetzt ist die Probe für unsere Kollegen, einsig sein und sich um die Organisation kümmern. Nur die Einheit ist unsere Stärke und die gute Ausdauer wird den Erfolg bringen.

Die Wohnungsfrage nach dem Kriege.

In den "Deutschen Monatsheften" schreibt Dr. Mattutat:

Nach Beendigung des Krieges werden wir mit einer starken Wohnungsnot zu rechnen haben, in einem Umfang, wie er bis dahin nie erreicht war; darüber lassen die Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse im Reich keinen Zweifel. Hauptächlich sind es die größeren und besonders die industriellen Orte sowie die zu ihnen gehörigen Wohnsiedlungen, die davon betroffen werden und in denen schon jetzt ein fühlbarer Wohnungsmangel besteht. Selbst in den Orten, wo noch keine größere Zahl von Leerwohnungen vorhanden ist, kann von einem Wohnungsüberschuß nicht geredet werden; denn im Verhältnis zu der Zahl der Bevölkerung und dem nach dem Kriege aufstretenden Wohnungsbedarf ist er außerordentlich klein; zudem handelt es sich bei diesen freibleibenden Wohnungen in den meisten Fällen um größere, mit 4 und mehr Zimmern, oder um solche, die erhebliche Mängel aufweisen und deshalb ausgeschieden werden sollten. Wie beispielsweise die Sachlage ist, zeigt die Tatsache, daß nach den statistischen Feststellungen im ganzen Deutschen Reich etwa 770 000 Wohnungen fehlen und es somit für rund 2 1/2 Millionen Menschen an der erforderlichen Wohnmöglichkeit mangelt. Davon läßt sich ersehen, was werden wird, wenn die großen Massen der Kriegsteilnehmer auf dem Felde zurückbleiben und die zahlreichen Kriegsheimkehrer wie alle, die sich nach dem Krieg einen eigenen Hausstand gründen wollen, nach einer Wohnung verlangen.

Die Ursache der Kleinwohnungsnot ist vor allem in dem Mangel der Wohnungslöhne während des Krieges zu erblicken. Schon vor dem Krieg wurden nicht genügend Kleinwohnungen gebaut, um die Nachfrage zu decken. Gemeinden, Verbandsvereinigungen, Bauvereinigungen und industrielle Unternehmer mußten deshalb einrichten und vornehmlich Arbeiterwohnungen bauen, ohne daß jedoch auch sie es erreichten, das vorhandene Bedürfnis zu befriedigen. Der Krieg brachte keine Erleichterung. Zwar veranlaßte er zahlreiche Familien, ihre Wohnungen aufzugeben. Die Anträge der Kriegsteilnehmer zogen in vielen Fällen zu Hause, bei denen sie bis zu Ende des Krieges bleiben wollten. Durch den Tod des Ernährers wurden viele Haushalte aufgelöst. Alles das konnte aber den Wohnungsmangel nicht wesentlich beeinflussen, sondern führte nur zu einer Verdrängung, da aus den gleichen Gründen andere ihre großen Wohnungen aufgaben und sich nach kleineren umsehen mußten. Was noch sehr wurde, nahmen sich vieler die aus dem Ausland zurückkehrenden Deutschen in Anspruch, ferner die Rückkehrer aus dem Osten, die sich fast ohne Ausnahme in den Großstädten niederließen, und die durch die Heeresentzüge verarmten Arbeiter und Handwerker. Ein großer Teil dieser Rückkehrer ist inzwischen heimlich geworden und wird auch nach dem Krieg keinen Aufenthalt mehr nehmen aufgeben.

So wird nach der Rückkehr der verheirateten Kriegsteilnehmer der vorhandene Wohnungsmangel im Hundertfachen erhöht und zahlreiche Familien werden der Existenznot ausgesetzt sein. In einzelnen Orten ist dieser Fall schon eingetreten. Damit wird sich die Wohnungsfrage nach dem Kriege verhalten, eine weitere Steigerung der Wohnraumnot entsteht, die unüberwindliche Bevölkerung noch nicht zusammengebracht und das für sie bereits bestehende Mißverhältnis zwischen Einkommen und Wohnraumbestand noch vergrößert werden. Schon jetzt ist absehbar, daß eine Zustimmung der Gemeinden der ungenügenden Volkswirtschaft. Die Wohnungsfrage muß in diesem Punkt ganz anders geregelt werden. Die Wohnungsbauvereine werden nach der Vollendung von 1. Dezember 1919 für den ersten halben Jahr der Gesamtbevölkerung zwischen 65 und 70 Millionen in Wohnungen, die nur aus

einem einzigen Raum (ohne Küche) bestanden. In Wohnungen von nur 1 Zimmer und Küche wohnten 780 000 Personen, in solchen mit 2 Zimmern und Küche 940 000 Personen. Nicht anders in anderen Orten. So lebten in Breslau von 1000 Personen 400 in Einzimmerwohnungen. In Pommern waren 55 Proz. aller Wohnungen einräumig; in Hainigsberg und Neutölln 54 Proz., in Magdeburg 46 Proz., in Posen und Gabeln 45 Proz. Wie stark die Wohnungsüberfüllung ist, zeigt die Tatsache, daß in Berlin nahezu 12 Proz. aller einräumigen Wohnungen mit 6 und mehr Personen belegt waren. In Pommern war der Prozentsatz fast doppelt so groß, in Posen noch größer; hier mußten nicht weniger als 26 000 Personen, also genau der sechste Teil der Bevölkerung, zu 6 und mehr in einem Raum schlafen.

Wollten die Gemeindeverwaltungen den Gefahren begegnen, die aus diesen Verhältnissen zu entstehen drohen, so fehlte sie sich hier einer überaus schwierigen Aufgabe gegenüber. Ueber deren Lösung ist man sich durchaus nicht klar. Es ist aber die höchste Zeit, zu bestimmten Resultaten zu kommen. Ist bei Friedensschluß noch nichts zur Lösung des Problems geschehen, so treten schlimmere Zustände ein als beim Abschluß des Deutsch-Französischen Krieges. Damals entstand eine außerordentlich schwere Wohnungsnot, unter der die minderbemittelte Bevölkerung sehr lange zu leiden hatte. Die Erinnerung an diese Zeit ist allmählich verblasst; deshalb dürfte es von Interesse sein, sich die damaligen Zustände wieder ein wenig ins Gedächtnis zu rufen.

Bald nach den ersten Deutschen Siegen 1870 machte sich in Deutschland ein harter wirtschaftlicher Aufschwung bemerkbar. Der Unternehmertum regte sich lebhaft, eine Behinderung der Deutschen Ein- und Ausfuhr durch den Krieg war ja damals auch nicht eingetreten. Nach dem Friedensschluß trat eine bis dahin in Deutschland nie gekannte Prosperitätsperiode ein. Industrie, Gewerbe und Handel blühten wie nie zuvor, die Grundbesitzer lehrten ein. Industrielle Unternehmungen aller Art kochten wie Pilze aus dem Boden, die Dividenden der zahlreichen neu entstehenden Aktien-gesellschaften erreichten oft eine märchenhafte Höhe. Dadurch entstand ein harter Zugang nach den neuen Industriezentren und den Großstädten, durch die hohen industriellen Löhne erfolgte eine Abwanderung vom Lande. Schon während des Krieges hatten die Wohnungsrenten eine erhebliche Steigerung erfahren, die sich nach seiner Beendigung noch erhöhte. Mit am schlimmsten waren die Verhältnisse in Berlin. Am 10. Mai 1871 wurde der Friede geschlossen, und bereits am 25. August desselben Jahres machte das Berliner Polizeipräsidentium schnel, daß in der neuen Reichshauptstadt am 1. Oktober etwa 10 000 Familien ohne Obdach sein würden. Dies trat auch ein, und alle Anstrengungen der Polizei und der Stadtverwaltung, die Obdachlosen unterzubringen, blieben vergeblich. Das städtische Arbeitshaus, der sogenannte Lohsenhof, wie die Able waren von Familien überfüllt, desgleichen alle freien Magazine, Lagerräume, selbst Schuppen und Pferdehalle. In vielen Häusern ließ man sich dadurch, daß mehrere Familien eine größere Wohnung mieteten und diese untereinander teilten. So entstand eine kaum vorstellbare Ueberfüllung der Wohnungen. Jeder verfügbare Raum wurde ausgenutzt, und es war gar nichts Seltenes, daß in einem Zimmer oder in einer mäßig großen Küche mehrere oft recht große Familien kampierten. Das Altmieterei- und Schlafburschenwesen nahm erschreckend überhand. Trotz alledem konnten nicht alle Obdachlosen untergebracht werden. Zu Hunderten lagen die Familien mit ihrem Hausrat auf der Straße und wußten nicht wohin. Die Behörden fanden dieser Not rat- und hilflos gegenüber. Den Obdachlosen blieb nichts anderes übrig als sich selbst zu helfen. Manche gingen in die Vororte oder wurden von Bekannten aufgenommen, andere lagerten draußen vor den Toren auf freiem Felde in schnell errichteten, primitiven Bretterbuden und aus Bretterstüben oder Säden hergestellten Zelten. Diese Kolonien erhielten sich bis in das folgende Jahr hinein und mußten dann von der Polizei und der Feuerwehr geräumt werden. Noch im Juli 1872 kam es infolge dieser Wohnungsnot zu ersten Zusammenstößen zwischen Polizei und Bevölkerung, bei denen sogar Militär eingriff. Bei einem dieser Zusammenstöße wurden nicht weniger als 102 Beamte verwundet und 150 Personen aus dem Publikum durch Säbelstiche verletzt. Ähnlich war es in vielen anderen Orten. Das benachbarte Schneberg war zu jener Zeit nur ein kleines Dorf; auch dort zählte man aber über 200 Obdachlose. In Charlottenburg mit seinen 15 000 Einwohnern waren es noch viel mehr. Auch hier half man sich mit leerstehenden Gebäuden, Lagerhäusern, Schuppen, alten ausrangierten Eisenbahnwagen, Säulen und Bretterbuden. So, selbst in schnell errichteten, notdürftig mit Dachpappe und Malen überdeckten Erdhöhlen suchten die Obdachlosen Zuflucht. Infolge dieser Wohnungsnot machte sich bald eine gewaltige Steige-

rung der Bodenwerte bemerkbar, die in dem fortgesetzten Steigen der Wohnungsrenten ihren Ausdruck fand. Auch in dieser Beziehung ging Berlin allen anderen Orten voran. Zu Beginn der gewerblichen Entwicklung Berlins, im Jahre 1830, betrug der Durchschnittspreis einer Wohnung 85 Taler, 1872 dagegen bereits 171 Taler. In ganz kurzer Zeit trat oft eine Steigerung von 20 und 30 Proz. oder mehr ein. Der Kauf und Wiederverkauf von Gebäuden und Grundstücken war ein lukratives Geschäft, bei dem kolossalen Bodenpekulationen wurden Millionen verdient. Besonders die Bauern und Grundbesitzer der Vororte in der nächsten Umgebung Berlins profitierten von diesem Glücksgewinn. Dadurch verschlechterten sich die Wohnverhältnisse in stärkstem Maße. 1830 entfielen in Berlin auf ein Gebäude 32 Bewohner, 1872 bereits 55; heute sind es 77. 1868 betrug die Zahl der Wohnungen mit 180 Mk. Jahresmiete 31,25 Proz., 1872 nur noch 21,48 Proz.; in der nachfolgenden Zeit ist diese Ziffer immer weiter heruntergegangen. . . .

Die Grundstückspekulationen erwarteten auch von der Beendigung des gegenwärtigen Krieges einen verhärteten Zugang nach den Städten und dadurch eine Erhöhung der Wohnungs- und Grundstückspreise. Diese ihre Hoffnung scheint sich zwar zu erfüllen. Wenn wir nicht schon jetzt eine allgemeine Steigerung der Wohnungsrenten haben, so nur deshalb, weil wenigstens an einer Anzahl von Orten die militärischen Behörden der willkürlichen Mietspreis-erhöhung durch ihr Vorkaufsrecht entgegenwirkten. Auch die Grundstückspreise lassen bereits ein hartes Angehen erkennen. Um so mehr ist es Pflicht aller sozial interessierten Kreise, vor allem auch der Reichs-, der Bundesstaatlichen Regierungen und der Gemeindeverwaltungen, zeitigen Verletzungen gegen eine Wiederholung der geschilderten Zustände von 1871 zu treffen. (Schluß folgt.)

Zur Nahrungsmittelversorgung der städtischen Arbeiter in Sachsen.

Die Ernährungschwierigkeiten während des Krieges sind allgemein bekannt. Der Industrieort Sachsen hat darunter im besondern Maße zu leiden, weil er als sogenanntes Industriegebiet auf die Zufahren von außerhalb angewiesen ist. So kommt es, daß die Nationen in Sachsen noch knapper sind als in anderen Gebieten Deutschlands. Das haben wir z. B. erst jetzt wieder am eigenen Leibe gespürt bei der Fleischverteilung. Die Fleischration soll bekanntlich im ganzen Reich wöchentlich 250 Gramm betragen, wenigstens erhalten wir für diese Menge die notwendigen Reichsfleischmarken. Allein, wir erhalten in Sachsen wohl die Marken, aber das Fleisch nur zu besonderen festlichen Zeiten, in der Regel kommen wöchentlich nur 200 Gramm zur Verteilung. Auch diese auf sich schon geringe Menge wurde jetzt noch um 50 Gramm gekürzt, so daß nur ganze 150 Gramm zur Verteilung kamen. Diese Herabsetzung erfolgte, weil angeblich im Meer größere Mengen gefischt werden mußten. Dabei war nur das eine mickrigste, die Herabsetzung erfolgte ausgerechnet einzig und allein in Sachsen, von den anderen Bundesstaaten ist von einer Herabsetzung nichts bekannt geworden! Doch das nur nebenbei.

Um nun gewissen körperlich schwerarbeitenden Arbeitsschichten das Durchhalten zu ermöglichen, werden Zulagen nach bestimmten vom Kriegsernährungsamt aufgestellten Grundlagen gewährt. Die Arbeiterschaft ist bekanntlich in Schwer-, Schwer- und Leichtarbeiter eingeteilt. Dabei hat man ganz besonders auf die in der Schwerindustrie tätigen Arbeiter Rücksicht genommen. Uns will nun scheinen, als ob bei der betroffenen Zuteilung zu den einzelnen Gruppen die Verhältnisse der städtischen Arbeiter nicht genügend berücksichtigt worden sind, woraus sich direkte Ungerechtigkeiten herausstellen haben. Darüber sind uns genug Fälle bekannt. Wenn man schon Zulagen an Nahrungsmitteln für notwendig hält, so sollte hierfür allein die tatsächliche Arbeitsleistung maßgebend sein, nicht aber, ob die gefestigten Arbeitserleichterung ist oder nicht. Innerer Meinung und persönlichen Kenntnis der Dinge nach, stellt die Arbeitsleistung eines Fabrikarbeiters oder Straßenbauers an die Anforderungen, wie die eines Granatendehners bei der Munitionsherstellung. Während nun aber der Arbeiter als Nahrungsmittel erhält, muß sich der Fabrikarbeiter mit dem Wenigen begnügen, was ihm auf Grund der allgemeinen Verteilung zugewiesen wird; und das ist mehr als unzureichend!

In einer Reihe von Fällen hat man sich versucht, für die städtischen Arbeiter ebenfalls Zulagen von Nahrungsmitteln, wenigstens teilweise, zu erlangen; leider waren die bisherigen Waben erfolglos. So wandte sich, als die Herabsetzung der Fleischration ein-

trat, der Arbeiterausschuß der Gaswerke in Chemnitz an den Rat mit dem Esjuden, den Feuerhausarbeitern wenigstens die bisherige Menge zu liefern, sie überhaupt den Mühlungsarbeitern gleichzustellen, da sonst die Arbeiter den Einwirkungen der großen Hitze auf die Dauer nicht standhalten könnten. Der Rat antwortete, daß er in dieser Sache nichts tun könne. Er habe die Eingabe dem Ministerium des Innern überwiesen. Von dort kam der Bescheid, die Gasarbeiter würden bereits als Mühlungsarbeiter betrachtet, größere Mengen könnten leider nicht geliefert werden. Punktum!

In Werdau versuchten wir ebenfalls für die bei der städtischen Lebensmittelversorgung beschäftigten Arbeiter Zulagen zu erlangen. Die hier verhöhrigten Leute müssen Kartoffeln aus den Eisenbahnwagen entladen und in die Niederlageräume transportieren, zwei Zentner schwere Graupensäcke, fünf Zentner schwere Schrapfen für die einzelnen Geschäfte schaffen. Alles Arbeiten, die an die Körperkräfte der zum Teil im vorgerückten Lebensalter stehenden Kollegen große Anforderungen stellen. Der Stadtrat sah dies auch ein, er war aber nicht in der Lage, dem Verlangen zu entsprechen, weil ihm die erforderlichen Nahrungsmittel nicht zur Verfügung stehen. Er wandte sich an den Bezirksverband und an die Feldzeugmeisterei mit der Bitte um Sonderzuweisung von Lebensmitteln, erhielt aber ablehnenden Bescheid. Die Feldzeugmeisterei antwortete, die Zuweisung müßte abgelehnt werden, weil die städtischen Arbeiter für die durch die Feldzeugmeisterei zur Verteilung kommenden Reichs- und Kriegszulagen nicht anerkannt wären. Das war auch uns bekannt, aber gerade weil die Arbeiter bisher noch nicht als zur Belieferung berechtigt anerkannt waren, verlangten wir die Anerkennung. Der Bezirksverband wiederum antwortete, das Geschäft müsse abgelehnt werden, weil die städtischen Arbeiter nach den Richtlinien des Kriegsernährungsamtes den Schwerarbeitern nicht angerechnet werden könnten. Warum das nicht durchzuführen ist, darüber hüllte sich der Bezirksverband in Schweigen.

Auf genau so erging es unseren Kollegen in Zwickau. Auf ihre Eingabe um Sonderzuweisung von Lebensmitteln erteilte der Rat den Bescheid, daß sie ja bereits als Schwerarbeiter wöchentlich ein Pfund Brot mehr erhalten. Die Versuche des Rates, weitere Zuweisungen auszuwirken, seien erfolglos geblieben, vor allem sei ein Antrag des Rates an die Feldzeugmeisterei abgelehnt worden, weil die städtischen Arbeiter für die Zuweisung der Reichs- und Kriegszulagen nicht anerkannt wären und aus eigenen Beständen könne die Stadt nichts liefern.

In Annaberg erhielten die Schlosser und Laternenwärter der Gasanstalt bis zum 1. November die Reichs- und Kriegszulagen. Als aber am 1. November 1917 auf Antrag der Organisation die Gasarbeiter insgesamt eine Lohnerböhung erhielten, wurde den Schlossern und Laternenwärttern die bisher gewährten Zulagen entzogen.

In einem Schreiben an den Stadtrat ersuchten wir um Wiedergewährung der entzogenen Zulagen. Der Stadtrat antwortete gar nicht darauf und so wandten wir uns an den Kommunalverband. Dieser teilte mit, daß die Arbeiter bereits als Schwerarbeiter anerkannt seien und demzufolge mit wöchentlich fünf Pfund Brot beliefert würden. Auf die Frage, warum den Leuten die bis November gewährten Zulagen entzogen wurden, ging der Kommunalverband gar nicht ein. Auf ein zweites Schreiben, worin wir nochmals den ganzen Sachverhalt darstellten und um Wiedergewährung der entzogenen Zulagen nachdrücklich ersuchten, erhielten wir keine Antwort. Nämlich haben wir die ganze Angelegenheit dem Landeslebenmittelsamt übermündelt, die höchste Instanz, die wir in Sachsen haben. Sollten wir auch da weder Erwartung setzen noch Erfolg haben, dann bleibt nichts übrig, als das Kriegsernährungsamt in Anspruch zu nehmen. Die Ungerechtigkeiten, unter denen die städtischen Arbeiter zu leiden haben, müssen beseitigt werden. Sofern es nicht weitergeht. Oder aber, und das wäre das radikalste Mittel, man räumt mit dem gesamten Zulagenwesen — besser gesagt: Hunger — auf. Eine große Anzahl berechtigter Hungerkinder würde damit verstorben. M. B.

• Theaterarbeiter •

Theaterdirektor Bollmann in Ostmund als Arbeitgeber! (Schonbeweisung des technischen Personals.) Auf Grund der vorstehenden Forderung sah sich der Vorstand veranlaßt, ein Votumforderung an die Direktion und Theaterdeputation einzubringen. Mit einer Kommission wurde verhandelt und auf deren Vorschlag wurde der Gauleiter unseres Verbandes zu einer Ver-

handlung geladen. Die Löhne des Personals betragen pro Monat für Männliche 140 Mk., Weibliche 100 Mk., Fußfrauen 75 Mk., Schneiderinnen 50—60 Mk. Zu diesen Löhnen müssen die Feuerungszulagen hinzugerechnet werden. Diese betragen für Verheiratete 30 Mk., für jedes Kind 11 Mk., für Unverheiratete 25 Mk. pro Monat. Den Arbeiterfrauen wird die Stadtunterstützung von der Feuerungszulage getrübt und die Fußfrauen erhalten die Feuerungszulage nach. Bei der Verhandlung mit dem Gauleiter wurde eine Einigung erzielt, welche in dem Abluß eines Tarifvertrages liegen sollte. Ein Entwurf wurde der Direktion unterbreitet. Da nun in dem Entwurf gesagt war, daß ein Tarifvertrag zwischen dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Direktion des Stadttheaters" abgeschlossen sei, war es dem Herrn doch bedenklich und er teilte der Verbandsleitung mit, daß er zum Abbruch nicht kompetent sei. Er solle aber der Theaterkommission zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Die Sitzung der Kommission erfolgte am 17. April. Es wurde hier mit ablehnenden Stimme beschlossen. In dem Entwurf wurden gefordert: Eine Lohnerböhung für Männliche von 10 Mk. pro Monat, für Weibliche von 20 Mk. und für Fußfrauen von 30 Mk. Diese Löhne sollten nach drei Monaten um 5 Mk. und nach weiteren drei Monaten um weitere 5 Mk. steigen. Bei Krankheitsfällen soll die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn gezahlt werden. (Dieses wurde bisher schon gemacht, jedoch nur nach Summe.) Die Arbeitszeit soll täglich 9 Stunden betragen und alles, was in der Woche mehr als 54 Stunden gearbeitet wird, soll als Ueberstunden berechnet und mit 80 Pf. pro Stunde bezahlt werden. Im Monat vier freie Tage für Doppel- und Extravorstellungen 250 Mk. (bisher 150 Mk.). Da in diesem Satz eine durchgehende Spielzeit geplant ist, müssen die Arbeiter etwa 150 Stunden mehr arbeiten. Hierfür wurde eine einmalige Unterstüzung von 150 Mk. gefordert. Außerdem waren noch einige nebensächliche Forderungen aufgestellt. Trotzdem dem Herrn Direktor geschrieben war, daß dieser Entwurf die Grundlagen der Verhandlung bilden sollte, wurde eine weitere Antwort nicht erteilt, auch den Arbeitern wurde eine Mitteilung nicht gemacht. Am 25. April fragten nun die Arbeiter schriftlich bei der Direktion an. Es wurde um Verhandlung mit der gewählten Kommission gebeten. Leider wurde diesem Vorstöße nicht Rechnung getragen, sondern es wurde einfach ein anderer Kollege herauf, dem mitgeteilt wurde, daß ab 1. April für Männliche 10 Mk., für Weibliche 20 Mk. und eine weitere Erhöhung von 5 Mk. innerhalb sechs Monaten zweimal erfolgen sollte. Ueber alle anderen Punkte wurde eine Zusage nicht gemacht, auch hatte man den Fußfrauen nichts zugesagt. Um nun eine Einigung zu erzielen, wurde Kollege Buchelt nochmals bei der Direktion vorbestellt. Ihm wurde geantwortet: „Wenn die Arbeiter etwas wissen wollen, dann mögen sie selber kommen.“ In einer kurz befristeten Versammlung wurde zu dem Vorgehen der Direktion Stellung genommen und nun wurde die Stimmung laut, die Arbeit niederzulassen. Reichlos wurde, nochmals ein Schriftstück, welches vom gesamten Personal unterzeichnet werden sollte, an die Direktion und die Theaterkommission abzugeben. Dies ist geschehen. Leider hat man auch nun den Wünschen der Arbeiter keine Rechnung getragen, sondern nur die gesamten Bühnenarbeiter zu einer Besprechung zusammenberufen. Den Bühnenarbeitern ist nun zugesagt, daß sie eine Lohnerböhung von 10 Mk. und die Arbeiterinnen eine solche von 20 Mk. im Monat erhalten sollen. Den Fußfrauen wurden 12 Mk. bewilligt. Diese 12 Mk. mußten sie aber schon im Monat Oktober 1916 nach dem Bescheid der Stadtverordneten erhalten. Die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn soll nach einmonatiger Beschäftigung gezahlt werden. Von da ab soll eine vierwöchentliche Mundzung stattfinden. Doppelvorstellungen sollen mit 2 Mk. bezahlt werden, jedoch nur im Sommer. Da im Sommer so gut wie keine Doppelvorstellungen stattfinden, würde dieses eine Verwässerung gegen den bisherigen Zustand bedeuten. Auf eine geregelte Arbeitszeit könne sich die Direktion nicht einlassen und von der einmaligen Vergütung von 150 Mk. ist nichts erwähnt. Den an der Bühne Beschäftigten sind vier freie Tage zugesagt; dagegen erhalten die Schneider und Fußfrauen dieselben nicht. Mit diesem Verhandlungsmodus hat der Herr Direktor versucht, einen Keil in die Arbeiterchaft zu treiben. Natürlich wird dieser Versuch an dem Zusammenhalt der Arbeiter scheitern. Wenn aber ein solches Verhalten überhaupt möglich war, so liegt es daran begründet, daß die Arbeiter leider zu lange ohne die Organisation glauben auskommen zu können. Hier Kollegen wurden von der Zulage des Volkes angezogen. Darunter auch ein Kriegsverlehter. Der Kollege wurde vorzüglich und die Folge davon war, daß ihm am Tage später zum 15. Mai gekündigt wurde. Der Polizeikommissar erklärte dem Kollegen: „Nach seiner Meinung sei ihm gekündigt, weil er verheiratet sei und demnach für sich und seine Frau sowie drei Kinder eine Feuerungszulage von 85 Mk. zu beanspruchen habe. Diese könne bei einem jüngeren Arbeiter gewahrt werden.“ In diesem Verhalten brauchen Worte der Mitleid nicht gesagt zu werden. Der Herr Theaterbürgermeister wird sich nun zu äußern haben, ob er ein solches Verhalten billigt. Die Arbeiter werden aber hieraus den Wert der Organisation erkennen.

• Aus unserer Bewegung •

Berlin-Pris. (Neuregelung der Feuerungs- u. Lagen.) Mitte März dieses Jahres wandten sich einige Gemeindearbeiter an die Berliner Ortsverwaltung mit dem Ersuchen, für die Gemeindefunktionäre eine Versammlung einzuberufen und eine Ansprache über die bisherigen Feuerungs- u. Lagen zu veranlassen. Organisiert war -- niemand. Die Organisation im Gaswerk war infolge zahlreicher Entlassungen zusammengebrochen. Die Folge war natürlich eine außerordentliche Mühseligkeit in allen sozialen Fragen, vor allem auch in den Löhnen. Die Differenz zwischen Pris und den Nachbargemeinden betrug bis zu 6 Mk. pro Tag. Die Versammlung fand statt. Die Kollegen waren fast vollständig erschienen; die Mehrzahl schloß sich dem Verbands an. Im Verlaufe dessen wurde der Verband beauftragt, Anträge auf Erhöhung der Löhne zu stellen. Die Berliner Ortsverwaltung überreichte am 18. März den Antrag. Allen bei der Gemeinde Berlin-Pris beschäftigten Handwerkern, Antikaren, Metzgeren und Arbeiterinnen mit Rücksicht auf 1. März eine tägliche Lohnzulage von 1,50 Mk. zu bewilligen. Am 1. April fanden die Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit Herrn Raurat Großan statt. In den Verhandlungen nahm als Vertreter der Organisation der Kollege Wolenski teil. Das Ergebnis der Verhandlungen liegt nunmehr vor. Am 24. April teilte der Gemeindevorstand mit:

- 1. Die Feuerungszulage wird vom 1. April 1918 ab erhöht für: alle Arbeiter auf 60 Mk. im Monat, die Jugendlichen bis zum vollendeten 17. Jahre 30 Mk. im Monat, die Frauen 30 Mk. im Monat. Bei kürzerer Arbeitszeit während eines Monats wird die Feuerungszulage mit 2 Mk. bzw. 1 Mk. je Lohnstag berechnet. Die Feuerungszulagen werden am letzten Arbeitstag der Wochenlöhne vor dem ersten eines jeden Monats ausgezahlt.
- 2. Die Antikar erhalten an Sonntagen 6 Mk. für den Tag.
- 3. Die Arbeiter beim Web- und Futtermitteltransport erhalten 50 Pf. Zulage gegenüber ihren sonst festgesetzten Lohnsätzen.
- 4. Die Wünsche der Arbeiter wegen Ausscheidung von Lebensmitteln sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Die Arbeiter haben einen Anspruch zu wählen, welcher die zur Verfügung stehenden Lebensmittel in Empfang nimmt, verteilt und bezahlt. Bez. Großan, Gemeindevorstand und Schöff.

Das Ergebnis entspricht nicht in vollem Umfange unseren Anträgen. Die Erhöhung des Tagelohns beträgt im Durchschnitt 1,15 Mk. bei den Antikaren und den Arbeitern beim Web- und Futtermitteltransport 1,65 Mk. pro Tag. Der Erfolg ist aber offensichtlich der Zusammenbruch der Kollegenchaft im Verbands anzuschreiben. Möchten die Kollegen dies klar erkennen, sei bleiben in der Organisation und den letzten Arbeiter, die letzte Arbeiterin für die Organisation gewinnen.

Dresden. In der Mitgliederversammlung am 4. Mai hielt Stadtrat Genosse Krüger einen interessanten Vortrag über die Durchführung des Haushaltsplanes der Stadt Dresden. Vor 25 Jahren war der Haushaltsplan in Einnahme und Ausgabe mit rund 25 Millionen Mark, heute dagegen mit rund 114 Millionen Mark ausgefallen. Das Vermögen der Stadt betrug pro Kopf damals 105, heute dagegen 172 Mk. Moderner zeige auch, wie durch den Krieg die Stadt in ungeheurer Weise belastet worden ist. Eine Anleihe von 75 Millionen, mit welcher eine ganze Reihe kultureller Neuerungen (unter anderem auch ein großes modernes Krankenhaus) errichtet werden sollte, ist bereits jetzt reiflos für Kriegsunterstützungen ausgegeben worden. Weitere Belastungen sind unvermeidlich, und wenn nun die städtische Arbeiter- und Beamtenchaft Anträge auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage stellt, dann beginnt ein Kampf um die Deckung dieser Ausgaben. Die im März dieses Jahres beschlossenen Zulagen an die städtischen Angestellten erfordern rund 1/2 Millionen Mark, wobei auf die Arbeiterzulage 500 000 und auf die Beamten rund 1/2 Millionen Mark entfällt. Dabei kommt auf den einzelnen trotz allem kein großer Betrag. Der Vortrag wurde mit großem Interesse angehört. -- Darauf erläuterte Kollege Lisch den gedruckt vorliegenden Haushaltsbericht der Räte für das erste Vierteljahr. Die gesamten Einnahmen betragen demnach 11 711 Mk., die gesamten Ausgaben 12 016 Mk. Auf Rechnung der Hauptkasse wurden für Steuergeßel 852 Mk., für Krankengeld 2113 Mk. und für Arbeitslosenunterstützung 3 Mk. gezahlt, auf Rechnung der Nebenkasse als Zuschuß zum Krankengeld 1902 Mk. Das Vermögen der Räte betrug 26 211 Mk. Im Laufe des Quartals sind 51 männliche und 100 weibliche Mitglieder eingetreten, so daß die Mitgliederzahl 900 männliche und 220 weibliche beträgt. Auf Antrag der Kommission wurde die Rechnung für richtig erklärt. Kollege Preißler ging dann noch mit einigen Worten auf die Abrechnung der Hauptkasse für das Geschäftsjahr 1917 ein und schloß die Erläuterung unserer Lebensbewegung im verflochtenen Faden. -- Heber das Ergebnis der letzten Lohnbewegung berichtet Genosse Preißler. Er wies darauf hin, daß sich auch diesmal wieder der Stadt nicht habe entschließen können, die Anträge der Arbeiterkraft reiflos zu erfüllen. Wäre es

die Zulage bei den Arbeitern, aufs Jahr umgerechnet, nur 270 Mk. betrug, haben die Beamten neben einer einmaligen Feuerungszulage von 150 Mk. für jedwede und 200 Mk. für beheizte Werkstätten 20 Mk. für jedes Kind noch eine Erhöhung der besonderen Kriegsfeuerungszulage erhalten, die sich auf jährlich 330 Mk. bei den unteren Massen beläuft. Wie immer, sind auch diesmal die Beamten reichlicher bedacht worden als die Arbeiter. So wird für die Arbeiter nichts übrig bleiben, als bald wieder mit neuen Anträgen an die Stadtverwaltung heranzutreten. Es ist aber nicht Schuld der Arbeiter, wenn sich die Stadt in kurzer Zeit schon wieder mit Anträgen der Arbeiterkraft beschäftigen muß. Preißler gab dann noch bekannt, daß die Verbandsleitung im Verein mit den Arbeiterausschüssen an den Rat in ausführlich begründeter Eingabe die Anerkennung der Organisation beantragt hat und daß ferner zur bevorstehenden Reform der allgemeinen Arbeiterordnung die Arbeiterausschüsse ebenfalls eine umfangreiche Vorlage eingereicht haben. Diese Anträge wollen vor allem ein größeres Mitbestimmungsrecht der Arbeiter erreichen. Man wird nun abwarten können, wie sich die Stadt dazu stellt. Mit der Aufzählung des Vorsitzenden, in der Verbandsleitung für den Verband nicht nachzutreten, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Krausfurt. Am 3. Mai tagte im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Betriebsversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen einschließlich sämtlicher Handwerker und Bediensteten. Der gute Besuch gab uns den Beweis, daß die leider bisher geübte Gewohnheit ebenen Höhepunkt bei weitem überschritten hat. Und das mit Recht. Es sind wohl kaum in einem Betriebe derartige trostlose, widersprechende Verhältnisse und soziale Elend zu finden wie hier bei der Stadt Krausfurt. Ein Wunder ist es zu nennen, wie klaffenbewußte Arbeiter unter solchen Umständen ihre Arbeitskraft in dieser schweren Zeit opfern konnten. Traurig aber ist es von einem Unternehmer, ein solches Opfer zu fordern. Doch auch hier scheint es zu dümmern. -- In ausführlicher Rede kritisierte Kollege W. die scharf und fertig die traurigen Zustände und Lohnverhältnisse der bei der Stadt beschäftigten Arbeiter im Gegensatz zu den Beamten, welche Jahresgehälter von 1000 bis 15000 Mk. (ohne die Feuerungszulagen!) beziehen. Diese Summen im Vergleich zu einem tatsächlich vorgekommenen Wochenverdienst von 27,60 Mk. wirken geradezu empörend. -- Nach anregender Diskussion gelangte einstimmig folgende Resolution zur Annahme: Die im Gewerkschaftshaus versammelten städtischen Handwerker, Arbeiter, Arbeiterinnen und Bediensteten halten ihre am 31. August 1917 gestellte Forderung auf Erhöhung des Grundlohnes aufrecht und erfinden den Magistrat dringend, mit der Leitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Verhandlungen bald zu eingutreten. Da die Preise für Lebensmittel wie für alle notwendigen Gebrauchsgüter fortwährend im Steigen sind, erfinden die Versammelten den Magistrat, bis zur Durchführung der gestellten Forderung eine erhebliche Erhöhung der jetzigen Feuerungszulage eintreten zu lassen. Daß die Not und das Elend in den Familien der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen groß, daß deshalb schnelle und gründliche Hilfe dringend erforderlich ist, glauben die Versammelten nicht erst durch Beweise begründen zu müssen. -- Im Schlußwort ermahnte Kollege W. die noch Anwesenden, sich endlich dem Verbands anzuschließen. Je stärker die Organisation, desto größer der Erfolg.

Kaiserslautern. Am 5. Mai tagte im Lokale Wagner eine Mitgliederversammlung, zu der alle städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen eingeladen waren. Der Besuch der Versammlung war sehr gut. Den Massenbericht gab Kollege K. u. b. d. Den Einnahmen folgten Ausgaben der Räte mit 2201,66 Mk. standen Gesamtausgaben (inkl. Abwendung an die Hauptkasse) von 636,90 Mk. gegenüber. An Kranken- und Sterbenunterstützungen wurden 255,50 Mk. ausbezahlt. Die vom Gaufriseur P. u. L. eingeleitete Eingabe, welche für alle städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen eine allgemeine Lohnserhöhung von 1,50 Mk. fordert, ist bereits am 20. April 1918 an das Bürgermeisterei eingelaufen. Eine Kommission, die wegen der Forderung bei dem Bürgermeisterei vorstellig waren, hatten, nach der Berichtserstattung zu schließen, ihre Aufgabe in better Form erledigt. Herr Hauptk. Hoffmann, der ja mit uns denkt und fühlt, hat auch verstanden, den berechtigten Forderungen gerecht zu werden. Kollege Schmitz-Rannheim hielt dann einen Vortrag über Mühsal und Ausblick in die Zukunft. Anschließend gedachte Kollege der Verdrüssigen und Beleidigten von Karl Marx und forderte am Schluß seiner Rede, daß die Anwesenden auf, im Sinne des Vorkämpfers zu wirken.

Leipzig. Unsere Mitgliederversammlung am 3. Mai sollte zunächst das Andenken von zwei gefallenen und acht verstorbenen Mitgliedern. Heber die 20prozentige Lohnzulage des Rates referierte Kollege Sch. u. b. d. Er bemerkte, daß zwar zwar unsere Forderungen noch nicht völlig erfüllt seien, jedoch doch ein wesentlicher Fortschritt darin, daß der Rat seinen früheren Standpunkt der bedingungslosen Bezahlung endlich aufgegeben habe. Wenn die allgemeine Bezahlung in der Zulagenbewegung praktisch auch noch nicht allen Arbeitern zugute kommt, müßte es durch gewerkschaftliche Anstrengungen unter den städtischen Mitarbeitern und Arbeiterinnen doch bald gelingen. Den Rat auch noch letzten Platz seiner alten Auffassung abzurufen, war für alle Arbeiter eine gleichmäßige Bezahlung zu erzielen in der Bewahrung eines aus-

